

Braunschweig, Schliessfach 399, Tel. 2367

11. Mai 1946

Parteitag - Sonderdienst

Das Ergebnis der Wahlen zum Parteivorstand.

Es wurden 245 Stimmen abgegeben (258 Delegierte waren festgestellt worden). Es erhielten Stimmen
 Dr. Kurt Schumacher 244, gewählt als Vorsitzender der SPD
 Fritz Heine 224, Herbert Kriedemann 202, Alfred Nau 228 und
 Erich Ollenhauer 230 - diese vier gewählt als besoldete Mitglieder
 des Vorstandes.

Dem Vorstand gehören ferner an und erhielten an Stimmen:

Victor Agartz, Minden 242
 Valentin Baur, Augsburg 172
 Anna Beier, Frankfurt 161
 Franz Bögler, Neustadt-Pfalz 189
 Wille Eichler, Köln 178
 Andreas Gayk, Kiel 186
 Ernst Gnoss, Düsseldorf 192
 Robert Görlinger, Köln 160
 Adolf Grimme, Hannover 193
 Emil Gross, Bielefeld 168
 Fritz Helmstädter, Stuttgart 203
 Fritz Henssler, Dortmund 212
 Wilhelm Kaisen, Bremen 181
 Wilhelm Knothe, Frankfurt 191
 Julius Lossmann, Nürnberg 197
 Walter Menzel, Münster 194
 Ludwig Metzger, Darmstadt 183
 Ernst Nölting, Hannover 203
 Elisabeth Selbert, Kassel 170
 Hermann Veit, Karlsruhe 151

Es lagen insgesamt 36 Wahlvorschläge vor, von denen die genannten 25 vom Parteitag akzeptiert wurden.

Der Wahlvorgang

verlief peinlich genau. Es waren Stimmzettel vorbereitet worden, auf denen die Namen der vorgeschlagenen Kandidaten verzeichnet waren. Der einzelne Delegierte kreuzte die von ihm Gewählten an. Zwei Frauen mussten darunter sein. Als der Punkt der Tagesordnung zur Erledigung anstand, wurde nach Besprechung der Formalitäten eine Pause eingelegt, in der die Stimmzettel gegen Vorlage der Delegiertenausweise ausgegeben und alsbald wieder eingesammelt wurden. Sie wurden der Mandats-Prüfungs-Kommission übergeben, die nun zugleich als Wahlprüfungs-Kommission amtierte. Die Wahlhandlung verlief ohne jeden Zwischenfall.

Kurt Heinig als Gast.

Nach dreizehnjähriger Emigration war Kurt Heinig nach Deutschland zurückgekehrt. Er überbrachte die Grüsse der schwedischen und der dänischen Sozialdemokratie und wurde vom Parteitag lebhaft gefeiert.

Ein neues Partei-Statut.

In einer umfangreichen Vorlage hatte das Westzonenbüro den Entwurf eines neuen Parteistatuts erarbeitet. Eine besondere Kommission, die am ersten Tage des Kongresses gebildet worden war, hat in mehreren Sitzungen die Vorlage bearbeitet und unterbreitete sie nun mit einigen Änderungen wieder dem Parteitag und empfahl sie zur Annahme. Bericht-erstätter war der Vertreter des Bezirks Braunschweig, der vor wenigen Tagen zum Ministerpräsidenten des Landes Braunschweig berufene Delegierte Alfred Kubel.

Der Parteitag würdigte die Arbeit der vorbereitenden Kommission, indem er den neuen Entwurf insgesamt und ohne Einzelberatung annahm. Der Beschluss erfolgte einstimmig. Er wurde in dem Bewusstsein gefasst, dass dieses neue Organisations-Grundgesetz der SPD unter den obwaltenden Verhältnissen seine Brauchbarkeit erweisen müsse. Der nächste Parteitag, der nach dem neuen Statut jährlich stattfinden soll, hat die Möglichkeit der Korrektur.

SPD-Zentrale ist Hannover.

Das neue Statut der SPD hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands konstituiert. Es regelt die Errichtung eines Parteivorstandes, der alsbald gewählt wurde und gab somit die Grundlage einer ordentlichen nach demokratischen Prinzipien gewählten Leitung. Dieser Parteivorstand hat seinen Sitz in Hannover, wie vom Parteivorstand gesondert beschlossen wurde.

Die Flüchtlingsfrage

war Gegenstand einer besonderen Entschliessung, die von dem Mitglied des Parteivorstandes Herbert Kriedemann begründet wurde. Die Partei betrachte es als ihre besondere Pflicht, sich dieser Verlassenen anzunehmen. Im Juni spätestens werde eine besondere Konferenz von Vertretern der Flüchtlinge, die der SPD angehörten, stattfinden, in der alle Fragen zu diesem Thema eingehend behandelt werden sollen. Es dürfe nicht bei Worten und Erklärungen sein bewenden haben. Es müssten schnell und durchgreifend Taten folgen, für die die Entschliessung Hinweise und Richtlinien geben soll. Unter Beifall nahm der Parteitag die Entschliessung einstimmig an.

Freilassung der Kriegsgefangenen

war ein Thema, das während der Generalaussprache mehrfach erwähnt wurde. Jetzt lag eine Entschliessung vor, die diese Forderung der SPD besonders hervorhob und betonte. Sie fand einmütige Zustimmung des Parteitages.

Die Bayern erklären.

Die auf dem Parteitag abwesenden bayerischen Delegierten nahmen die vielfachen Gerüchte und Mitteilungen über einen bayerischen Separatismus zum Anlass, in einer eindeutigen Erklärung zu bekunden, dass "die bayerischen Sozialdemokraten bedingungslos für die Reichspartei sind". Die Errichtung einer bayerischen Landesorganisation der SPD sei keinesfalls Ausdruck eines bayerischen Partikularismus. Die Sozialdemokraten Bayerns erklärten, dass die Landeskonferenz der SPD sich einstimmig für einen deutschen Bundesstaat ausgesprochen hätten (nicht für einen Staatenbund). Sie brechen damit allen Anschuldigungen und Verleumdungen die Spitze ab.

Kundgebung der Frauen.

Im Rahmen des Parteitages hatten sich die Frauen, die als Delegierte anwesend waren, zu einer Sonderbesprechung zusammengefunden. Sie legten dem Parteitag eine Entschliessung vor, in der sie es als besonders dringende Aufgabe bezeichneten, nicht nur die sichtbaren Trümmer in Deutschland zu beseitigen, sondern auch die in den Hirnen und Herzen der Menschen. Sie wiesen besonders auf die Notwendigkeit der Arbeit an der Jugend hin, die im Geiste der Demokratie, das heisst voller Freiheit und Verantwortung erzogen werden müsse. Die Frauen sprachen den ausländischen Freunden demokratischer, sozialistischer und pazifistischer Ideen den Dank für die Hilfe aus, die sie den deutschen Demokraten gewährt haben und die in materiellen Massnahmen vielfacher Art ihren sichtbaren Ausdruck fand und immer von neuem findet. Sie sandten ihre freundschaftlichen Grüsse den Frauen und Müttern aller Länder, die unter dem nationalsozialistischen Kriegsverbrechen gelitten haben und versprachen unermüdliche Arbeit für den Weltfrieden und die Völkerversöhnung.

Sozialdemokratische Presse.

In einer Sonderkonferenz traten die Redakteure und Lizenzträger der SPD, die auf dem Parteitag anwesend waren, zusammen, um die besonderen Angelegenheiten der Presse zu erörtern. Von den fünf Zonen in die Deutschland heute zerfalle, so sagte Fritz Heine, der in Parteivorstand die Angelegenheiten der Presse und Propaganda bearbeitet, seien vier in der Konferenz vertreten, ein Zeichen dafür, dass in der fünften keine Freiheit herrsche, die es den Freunden ermöglicht haben würde, ebenfalls anwesend zu sein. Die letzte Redakteurkonferenz der SPD habe 1928 in Köln auf der Pressa stattgefunden. Im Bereich der britischen Zone hätten sich schon zweimal sozialdemokratische Journalisten versammelt. Er teilte mit, dass zur Zeit von 27 Zeitungen in der britischen Zone nur elf sozialdemokratisch seien und zwar sei der Charakter dieser Zeitungen jetzt eindeutig klaggestellt. Es sei zu hoffen, dass in Kürze zwei weitere Zeitungen für die SPD hinzukommen würden, darunter eine in Hannover. Auch Berlin werde neben dem unabhängigen "Telegraf" eine besondere Parteizeitung erhalten.

Johannes Richter, Chefredakteur des "Hamburger Echo" berichtete über "Aufgaben und Gestaltung der sozialdemokratischen Presse". Er forderte, dass die neue Presse der SPD kein "Vereinsblatt" sein dürfe, sondern sich der grösseren Aufgaben einer umfassenden Presse in Inhalt und Aufmachung bewusst sein müsse. Sie habe die Pflicht, einen objektiven Nachrichtendienst zu bieten, der den Freund und den Feind nicht unterscheide, sie werde daneben in Artikeln und Glossen und in Kommentaren ihre sozialistische Meinung unzweideutig zum Ausdruck bringen müssen. Sie müssen einen guten Wirtschaftsteil und die gute Unterhaltung pflegen, den Sport und die lokalen Ereignisse ausführlich beachten und sie müsse - in dieser Zeit besonders - über die Ereignisse in der Welt nicht nur berichten, sondern auch Informationen und Aufklärung verbreiten.

In einer ausgedehnten Aussprache wurden diese Grundsätze ohne Einschränkung gebilligt. Es wurde dabei gefordert, dass die deutsche Presse sichtbar machen müsse was tatsächlich ist, auch die tiefe Not in Deutschland, wo Millionen hungern und Zehntausende verkommen und wo die Jugend verzweifelt und hoffnungslos sei. Die Presse dürfe nie behäbig und selbstgefällig werden, sie müsse kämpfen und die Dinge beim Namen nennen, die niemand leugnen könne. Eine Presse, die nur das Vertrauen der Behörden habe, aber nicht das der Leser, taue

nichts. Eine verbotene Zeitung sei wertvoller als eine gleichgeschaltete.

Die Aussprache ergab, dass Einmütigkeit herrschte in der Forderung, dass die SPD-Presse nicht wieder zur Funktionär-Zeitung zurückkehren dürfe. Sie müsse den Wirtschaftsteil ausbauen, sie müsse sozialkämpferisch sein, sie müsse das gute Bild und den auf hohem Niveau stehenden Unterhaltungsteil pflegen. Dieser müsse den Leser hinaufheben und dürfe nicht zu einem Massengeschmack hinabsteigen.

Zur Hilfeleistung für die Presse der SPD wurde - zunächst in bescheidenem Umfange - ein "Sozialdemokratischer Pressedienst" eingerichtet, der die Tradition des 1933 verbotenen Dienstes gleichen Namens aufnehmen soll. Er wird zunächst nur Artikel bieten und darin die Stimme der SPD laut werden lassen. Über Organisation und Ziel des Dienstes berichtete Fritz Säger, Braunschweig, Chefredakteur der "Braunschweiger Zeitung", der die Herausgabe des "Sozialdemokratischer Pressedienst" übernommen hat.

Die Konferenz wählte einen aus sechs Mitgliedern bestehenden Ausschuss, der die Aufgabe hat, die organisatorische Mitwirkung der sozialdemokratischen Journalisten in allen in Frage kommenden Körperschaften und Verbänden zu sichern.

An die deutsche Jugend!

Es kann nicht übersehen werden, dass dieser Parteitag der SPD von einer auffallend grossen Zahl jugendlicher Delegierter besetzt wurde. Die Männer zwischen 32 und 45 machen einen grossen wenn nicht den grössten Teil der stimmberechtigten Mitglieder des Parteitages aus. Die Befürchtung, es könne eine Zusammenkunft der Veteranen von 1933 werden, war unbegründet. In allen Bezirken haben sich die Vertreter der Kriegsgeneration durchgesetzt und manche sind gar darunter, die selber noch keine 30 Jahre alt sind, Männer und Frauen. Besonders die Berliner Gäste fielen auf, deren Vorsitzender der Generation der Dreissiger angehören mag und deren Glieder nur wenig älter, aber auch jünger sind, darunter eine Studentin, die durch Eifer und Anteilnahme die Erfahrung vieler Älterer ersetzt.

Die Jungen auf dem Parteitag, die auch durch manche helle und beachtliche Stimme in der Generalaussprache zu Worte gekommen sind, hatten sich zusammengefunden und erliessen einen Aufruf an die deutsche Jugend. Gemeinsam ist die Jugend durch Chaos und Grauen gegangen, gemeinsam muss sie an den Neubau gehen. Das Alte ist zerbrochen, die Zukunft liegt in der Hand der Jugend. Die Grundlage der alten Ordnung, so heisst es in der Entschliessung weiter, ist jenes System des Kapitalismus, das immer wieder das nationale Bewusstsein der Völker missbraucht hat, um mit dem Blute der Jugend seine eigensüchtigen Interessen zu verwirklichen.

Heute stehe die Jugend vor einer Entscheidung, vor der noch niemals eine Jugend gestanden habe. Sie müsse und wolle kämpfen für Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Völkerverständigung. Die Jugend müsse das Ziel ihrer Sehnsucht erkennen, das sie im Herzen trage. Sie müsse es in die Klarheit des politischen Bewusstseins übertragen und in die politische Tat. "Dann werdet Ihr Träger eines Geistes sein, der wie ein Sturmwind über alle Länder geht und alle Grenzen sprengt! Sozialismus ist die Aufgabe der Gegenwart!"